

## Umfrage zum Gesundheitswesen – Ärztekammer Salzburg

Zum Beantworten bitte ankreuzen. Mehrfachnennung und Ergänzung möglich, wo gekennzeichnet

**Sollen Patientinnen und Patienten im österreichischen Gesundheitssystem verbindlich gelenkt werden (Primärversorgung/ Facharzt/Spital)?**

Ja

Nein

**Ergänzung:** Als Volkspartei geht es uns um eine kundenfreundliche Unterstützung, die mit entsprechenden Vorteilen und Incentives verknüpft werden soll, nicht um Zwang. Die freie Arztwahl soll nicht beschränkt werden.

**Welche Maßnahmen unterstützen Sie, um das Kassensystem attraktiver zu machen? (Mehrfachnennung und Ergänzung möglich)**

Höhere Tarife

Pauschalierung der Honorierung

Aufhebung von Verrechnungsbeschränkungen (Limitierungen)

Kombination von kassenärztlicher Tätigkeit mit Wahlarzt-Tätigkeit

Vermehrung der Kassenstellen

Sonstiges (max. 300 Zeichen):

**Antwort:** Es braucht ein Bündel an Maßnahmen, das von einem einheitlichen Leistungskatalog über einen bundesweiten Gesamtvertrag viele Bereiche abdecken muss. Insbesondere muss die Entbürokratisierung auch in der Kommunikation mit der SV weiter vorangetrieben werden und den Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit geboten werden, sich ihren Kernaufgaben zu widmen, also der bestmöglichen medizinischen Versorgung ihrer Patienten. Hinsichtlich Pauschalierung treten wir nicht für eine Abkehr vom Einzelleistungssystem ein, halten aber zusätzliche pauschale Zahlungen, z.B. für Vorhalteleistungen in strukturschwachen Regionen, für eine mögliche sinnvolle Ergänzung.

**Soll das Wahlarztssystem abgeschafft werden?**

Ja

Nein

**Sind Sie dafür, die Rückerstattung von Wahlarzt-Honorarnoten für Patientinnen und Patienten durch die Krankenkassen von derzeit 80 Prozent des Kassentarifs auf 100 Prozent anzuheben?**

Ja

Ja, aber nur unter der Bedingung einer Einreichung der Honorarnote über WAH-Online

Nein

**Sind Sie dafür, dass Spitalsärztinnen und Spitalsärzte Nebenbeschäftigungen ausüben dürfen?**

Ja

Nein

**Sind Sie der Meinung, dass Salzburger Spitalsärztinnen und Spitalsärzte derzeit leistungsgerecht entlohnt werden?**

- Ja  
 Nein

**Antwort:** Es ist nicht Aufgabe der Bundespolitik, sich in Gehalts- und Tarifverhandlungen auf Länderebene einzumengen. Der Bund hat den Ländern im Wege des Finanzausgleichs über 11 Milliarden Euro an neuen Mitteln zur Verfügung gestellt – auch, um die Beschäftigungsverhältnisse entsprechend zu attraktivieren.

**Mit welchen Mitteln lassen sich die Spitalsambulanzen entlasten? (Mehrfachnennung und Ergänzung möglich)**

- Verpflichtende Patientenlenkung  
 Mehr Primärversorgungseinheiten  
 Mehr hausärztliche Kassenordinationen  
 Mehr Kassenordinationen der Fachärztinnen und Fachärzte  
 Etablierung von Kassenambulatorien  
 Sonstiges (max. 300 Zeichen):

**Antwort:** Hinzu kommt eine Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung, die bereits in der Schule ansetzen muss. Zusammen mit einer gut ausgebauten Erstanlaufstelle über z.B.1450 und eine leicht zugängliche telemedizinische Versorgung kann viel Druck aus dem System genommen und die Menschen rasch zum besten Punkt der Versorgung angeleitet werden. Jedenfalls müssen auch die Bemühungen im Präventionsbereich weiter verstärkt werden, etwa durch eine weitere Etablierung von Vorsorgeprogrammen und das Schaffen von Disease-Management-Programmen.

**Sollen die Investitionen ins öffentliche Gesundheitssystem durch den Staat (inkl. Sozialversicherung) oder durch Finanzinvestorinnen und Finanzinvestoren getätigt werden?**

- den Staat (inkl. Sozialversicherung)  
 Finanzinvestorinnen und Finanzinvestoren

**Was ist notwendig, um die Digitalisierung im Gesundheitsbereich zukunftsfit zu machen? (bitte ausfüllen, max. 300 Zeichen)**

**Antwort:** Wir wollen Online-Tools und Gesundheitshotlines (1450) ausbauen, um die Wartezeit für Arzttermine zu verkürzen. Das Angebot an telemedizinischer Beratung und Behandlung soll zusätzlich erweitert werden, DIGAs auf Rezept eingeführt und die elektronische Gesundheitsakte als zentrales, patientenorientiertes Gesundheitsportal nutzerfreundlich – sowohl aus Sicht der Patienten als auch aus Sicht der Ärzteschaft - weiterentwickelt werden.

**Sollen Absolventinnen und Absolventen österreichischer Medizin-Universitäten verpflichtet werden, im österreichischen Gesundheitssystem tätig zu sein?**

- Ja  
 Nein

**Ergänzung:** Als Volkspartei setzen wir uns dafür ein, das Gesundheitssystem durch strukturelle Verbesserungen – etwa in der Finanzierung und Patientenlenkung – attraktiver für Ärztinnen und Ärzte zu gestalten. Stipendien und Förderungen sollen gezielt Anreize bieten, in Österreich tätig zu werden. Wir befürworten eine Verpflichtung zur Tätigkeit im österreichischen Gesundheitssystem nur dann, wenn die vorher genannten Maßnahmen nicht ausreichen. Stipendien können in diesem Zusammenhang an Verantwortlichkeiten geknüpft werden, um eine faire Balance zwischen Förderung und Verpflichtung zu gewährleisten.

**Soll das erfolgreiche Ausbildungssystem in der Lehrpraxis in der Allgemeinmedizin und anderen Fächern mit Förderung weiter ausgebaut werden?**

Ja

Nein

**Sollen die Landesärztekammern weiter bestehen bleiben oder zu einer Bundesärztekammer zusammengefasst werden?**

weiter bestehen bleiben

zu einer Bundesärztekammer zusammengefasst werden

**Ergänzung:** Für österreichweit einheitliche Regelungen, etwa für einen allgemeinen, qualitativ und quantitativ attraktiven Leistungs- und Honorarkatalog, wird ein gemeinsames akkordiertes Vorgehen über die Österreichische Ärztekammer notwendig und sinnvoll sein.